

Renate Gröpel und Dr. Ulf von Hielmcrone:

Appell an den Bund: Wohnungen für Sylter Bevölkerung erhalten

„Die Landesregierung hat alles in ihrer Macht Stehende getan, um für die bevorstehenden Wohnungsverkäufe auf der Insel Sylt eine sozial verträgliche Lösung zu finden.“ Dieses Resümee ziehen die wohnungsbaupolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Renate Gröpel, und der SPD-Landtagsabgeordnete für Nordfriesland, Dr. Ulf von Hielmcrone. In der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Gröpel hat der Innenminister die intensiven Bemühungen der Landesregierung dargelegt, die Bundeswohnungen für die ansässige Bevölkerung zu erhalten. Eine direkte Einflussnahme auf Wohnungsverkäufe des Bundes sei nicht möglich, so der Innenminister, doch würde die Landesregierung weiterhin gegenüber dem Bund ihren Standpunkt vertreten und versuchen, auf eine Annäherung bei den Verkehrswertvorstellungen des Bundes und der Sylter Kommunen hinzuwirken.

In der Antwort wird auch deutlich, dass die Inselgemeinden das planungsrechtliche Instrumentarium angewandt haben, um dem Verdrängungswettbewerb auf die Wohnungsbestände für die Inselbewohner durch die mögliche Umwandlung in Zweit- und Ferienwohnungen zu begegnen. Zudem wurden in den Jahren 1995 bis 2002 insgesamt 208 Wohneinheiten mit Mitteln der sozialen und der allgemeinen Wohnraumförderung gefördert.

„Sylt braucht weiterhin bezahlbaren Wohnraum für seine eingesessenen Bürgerinnen und Bürger“, so die beiden Landtagsabgeordneten. „Deshalb appellieren wir an die Bundesregierung, das Kaufpreisangebot der Sylter Kommunen nochmals zu prüfen und eine zufriedenstellende Lösung zu suchen mit dem Ziel, dass die Wohnungen für ihre Bewohner erhalten bleiben.“